



Die Stadtverordnetenversammlung
- Ausschuss für Soziales, Gesundheit,
Integration, Kinder und Familie -

Tagesordnung I Punkt 3 der öffentlichen Sitzung am 12. Juni 2019

Vorlagen-Nr. 19-F-21-0029

Rückzug des Gesundheitsamtes aus der humanitären Sprechstunde - Antrag der Fraktionen von SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen vom 07.05.2019 -

Die humanitäre Sprechstunde hilft seit 2011 sozial ausgegrenzten Menschen. Ehrenamtlich engagieren sich hier Mediziner und Helfer. In Zusammenarbeit mit dem Diakonischem Werk, profamilia sowie dem Amt für Zuwanderung und Integration wird ein niedrighschwelliges Angebot einer medizinischen Beratung angeboten.

In der letzten Sitzung des Sozialausschusses wurde berichtet, dass das Gesundheitsamt sich aus der humanitären Sprechstunde zurückgezogen hat. Das stieß bei den Mediziner, aber auch Mitgliedern des Ausschusses auf Unverständnis.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. zu berichten, weshalb sich das Gesundheitsamt aus der Humanitären Sprechstunde zurückgezogen hat?
2. dass das Gesundheitsamt wieder aktiver Begleiter und Unterstützer der humanitären Sprechstunde wird.

Ergänzungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 12.06.2019

Unterstützungsbedarf für die humanitäre Sprechstunde

Wie der Bericht im Sozialausschuss am 8. Mai 2019 deutlich zeigte, ist die Humanitäre Sprechstunde in einer schwierigen Lage. So sind nicht nur die Fallzahlen stark angestiegen, sondern auch Schwere und Umfang der zu behandelnden Krankheiten und Verletzungen stellt für die ehrenamtlichen HelferInnen eine kaum noch zu bewältigende Aufgabe dar. Gleichzeitig ist die Humanitäre Sprechstunde für Menschen ohne ausreichenden Krankenversicherungsschutz immer häufiger der einzige, niedrighschwellige und unbürokratische Zugang zu medizinischer Grundversorgung. Sie ist eine wichtige und gut angenommene Initiative, die von Seiten der Stadt weiter stark unterstützt werden sollte.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu prüfen,

- 1) wie organisatorisch und finanziell eine Sozialberatung bzw. eine Clearingstelle für Fragen der Krankenversicherung der Hilfesuchenden unterstützt werden kann.
 - 2) welche finanziellen Möglichkeiten es für einen „Notfonds“ gibt, dessen Mittel zugunsten schwieriger medizinischer Fälle von einem Ethikrat unter Beteiligung der Humanitären Sprechstunde eingesetzt werden sollen.
 - 3) ggf. erforderliche Bedarfe möglichst kurzfristig zu ermitteln.
-

Beschluss Nr. 0095

- I. Der Antrag der Fraktionen von SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen vom 07.05.2019 ist erledigt.
- II. Der Magistrat wird gebeten zu prüfen,
 - 1) wie organisatorisch und finanziell eine Sozialberatung bzw. eine Clearingstelle für Fragen der Krankenversicherung der Hilfesuchenden unterstützt werden kann.
 - 2) welche finanziellen Möglichkeiten es für einen „Notfonds“ gibt, dessen Mittel zugunsten schwieriger medizinischer Fälle von einem Ethikrat unter Beteiligung der Humanitären Sprechstunde eingesetzt werden sollen.
 - 3) ggf. erforderliche Bedarfe möglichst kurzfristig zu ermitteln.
- III. Die Magistrat wird gebeten, in der nächsten Sitzung des Ausschusses, am 28.08.2019 zu berichten, wie und in welcher Form sich das Gesundheitsamt an der humanitären Sprechstunde beteiligt und wie die Zusammenarbeit des Zuwanderungs- und Integrationsamtes und des Gesundheitsamtes zukünftig aussieht.

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .06.2019

Rutten
Vorsitzender

Die Stadtverordnetenvorsteherin

Wiesbaden, .06.2019

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Gabriel
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, .06.2019

Dezernat II in Verbindung mit Dez. VI
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Gerich
Oberbürgermeister